

Die Zukunft der Kulturpolitik ist interkulturell

Erklärung des Vorstandes der *Kulturpolitischen Gesellschaft*

Der Vorstand der *Kulturpolitischen Gesellschaft* hat sich auf seiner Sitzung am 14. September 2007 in Berlin-Neukölln mit dem Kulturteil des »[Nationalen Integrationsplans](#)« befasst, den die Bundesregierung im Rahmen des zweiten Integrationsgipfels im Sommer vorgestellt hat. Er sieht darin eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung und Qualifizierung einer interkulturellen Kulturarbeit. In dem Kapitel zum Themenfeld »Kultur und Integration« wird die Bedeutung von Kultur und Kulturpolitik für die gesellschaftliche Integration hervorgehoben. Ausgangspunkt ist die Aussage, dass Deutschland »eine europäisch gewachsene und über Jahrhunderte auch durch Migration geprägte Kulturnation« sei. Er begrüßt diese klare Feststellung und ist ebenfalls der Auffassung, dass »ohne jahrhundertlange kulturelle Wechselwirkungen über staatliche Grenzen hinweg, ohne die stete Aneignung von ursprünglich fremden kulturellen Einflüssen Europa in seiner Vielfalt und seinen gemeinsamen Werten nicht denkbar wäre«.

Mit der kulturellen Bildung, der Verantwortung der Kultureinrichtungen für interkulturelle Angebote und der Bestimmung »kultureller Integration als *übergreifende Querschnittsaufgabe*« stehen drei Themenschwerpunkte im Mittelpunkt. Die *Kulturpolitische Gesellschaft* versteht kulturelle Integration als gemeinsame Aufgabe aller im Kunst- und Kulturbereich und in der Kulturpolitik Tätigen. Die Integration aller Menschen gleich welcher Herkunft, religiösen Glaubens und kultureller Orientierung, die in Deutschland – unter Anerkennung der hier bestehenden Werteordnung – leben und leben wollen, bildet für die *Kulturpolitische Gesellschaft* eine der zentralen Aufgaben einer gesellschaftspolitisch verantworteten Kulturpolitik.

Kulturarbeit und Kulturpolitik kommen bei der gesellschaftlichen Integration eine bedeutende Rolle zu. Im Feld von Kunst und Kultur kann besser als in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen die Akzeptanz kultureller Vielfalt und die Anerkennung des Anderen praktisch werden und die Auseinandersetzung über verbindende Werte und unterscheidende kulturelle Orientierungen im alltäglichen Leben geführt werden.

Seit einigen Jahren gibt es besonders auf kommunaler Ebene eine wachsende Zahl praktischer Ansätze interkultureller Kulturarbeit und kultureller Bildung. Jetzt ist es notwendig, für eine weitere Verbreitung dieser Aktivitäten in allen Kulturinstitutionen und kulturell-künstlerischen Feldern zu sorgen und die kritische Reflexion der bisherigen Erfahrungen und Praxisansätze zu befördern. Mit dem »Nationalen Integrationsplan« und

der im März in Kraft getretenen UNESCO-Konvention zum »Schutz kultureller Vielfalt« sowie der »Mitteilung über eine europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung« der EU-Kommission vom Mai liegen drei Dokumente vor, die hierfür neue Anregungen und Impulse geben.

Im Sinne einer um Integration bemühten Kulturpolitik für das friedliche Zusammenleben der Menschen in einer globalisierten Welt wird die *Kulturpolitische Gesellschaft* ihre bisherigen Aktivitäten in diesem Bereich zukünftig weiter verstärken. Dies wird sich u.a. in folgenden Aktivitäten niederschlagen:

Organisation der Tagung des *Bundesministeriums für Bildung und Forschung* »Interkulturelle Bildung – Ein Weg zur Integration« am 14./15. November d. J. in Bonn,

Übernahme der Koordinierungsfunktion für einen regelmäßigen bundesweiten »Ratschlag kulturelle Vielfalt« zur Reflexion bisheriger Erfahrungen interkultureller Kulturarbeit,

Kooperation bei der Tagung zur kommunalen Interkulturalität des Kulturbüros der Stadt Dortmund und der Kulturabteilung der Staatskanzlei NRW vom 3. bis 5. September 2008 sowie

Mitarbeit bei der Vorbereitung des 2. Bundeskongresses Interkultur in Nürnberg vom 22. bis 24. Oktober 2008.

Die *Kulturpolitische Gesellschaft* sieht dieses Engagement als Beitrag zur notwendigen Stärkung einer demokratischen und toleranten Gesellschaft, in der die Menschen unter Beachtung des Rechtes auf kulturelle Selbstbestimmung und freie Religionsausübung friedlich zusammenleben können. Auf diesem Hintergrund gilt für uns nach wie vor: Die Zukunft der Kulturpolitik ist interkulturell!

Bonn/Berlin, den 14. September 2007

Prof. Dr. Oliver Scheytt

Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

[URL dieses Textes: www.kupoge.de/presse/2007-09-14_kulturpolitik-ist-interkulturell.pdf]